Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., wöchentlich 45 Pf. Briefgebühr, Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281 und 12287. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareille-Zeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 107 | Dresden, Freitag, den 9. Mai 1930 | 41. Jahrgang

Vier Beamte regieren

Schieck und seine Leute

Die Beauftragten des sächsischen Bürgerblocks

In einer interfraktionellen Sitzung der hinter dem Ministerpräsidenten Schieck stehenden Parteien wurde Einverständnis über die Bildung einer Regierung erzielt, die folgendermaßen aussieht:

Schieck: Ministerpräsident und Volksbildung
Richter: Inneres, Arbeit und Wohlfahrt
Dr. Mannsfeld: Justiz
Dr. Hedrich: Finanzen und Wirtschaft.

*

Das neue Kabinett ist also gebildet und hat den Segen aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Nazis, gefunden. Was die Nazis tun werden, steht noch nicht fest. Der Ministerpräsident Schieck, der jetzt die Annahme seiner Wahl erklärt hat, übernimmt das Volksbildungsministerium, der jetzige Innenminister Richter behält seine bisherigen Ministerien, das Innenministerium und das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Dr. Mannsfeld bleibt Justizminister und der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium, Dr. Hedrich, wird Finanzminister und übernimmt gleichzeitig das Wirtschaftsministerium. Bei denjenigen bürgerlichen Blättern, die bisher zu dem neuen Kabinett Stellung nehmen konnten, besonders beim Dresdner Anzeiger, herrscht eitel Freude über die neue Regierung. Richtiggehende Beamte, die regelrecht ihren Assessor machten, die übliche Tippeltippeltour durchliefen und außerdem zum Teil noch regelrechte königlich sächsische Reserveleutnants waren, sind in Sachsen Minister. Keine Außenseiter mehr, die nicht richtiggehend das Regieren und Verwalten in den Amtsstuben gelernt haben, keine Leute mehr, die im politischen Kampf um das Vertrauen der Wähler kämpfen mußten. Es ist beinahe so, wie einst in den schönen Zeiten Wilhelms II. und Friedrich Augusts, denen ein großer Teil des Bürgertums noch heute nachtrauert, wenn man das auch nicht mehr offen zu sagen pflegt.

Mit Genugtuung wird verzeichnet, daß mit der Bildung dieses Beamtenministeriums die Demokratie eine Niederlage erlitten hat, daß der Landtag, nicht wie es im parlamentarischen Leben Brauch ist, die Ministerstellen durch politische Führer besetzen konnte.

Was es für ein Schwindel ist, wenn man eine solche Beamtenregierung als unpolitisch bezeichnet, haben wir schon oft genug hervorgehoben. Schieck ist bekanntlich Vorstandsmitglied der Deutschen Volkspartei, Hedrich soll der Deutschen Volkspartei nahestehen, und die beiden anderen Herren sind natürlich gut bürgerlich gesinnte Leute, die selbstverständlich nicht daran denken werden, anders zu regieren, als es den Bürgerblockleuten genehm ist, die ihnen zu einem Ministersitz verhalfen.

Im Dresdner Anzeiger wird es als die erste große Tat des neuen Mannes gepriesen, daß er die Ministerzahl verringert und sein Kabinett nur aus vier Köpfen zusammengesetzt habe. Die Forderung, die Zahl der Minister zu verringern, ist begreiflicherweise sehr beliebt, man sieht darin einen Akt der Sparsamkeit, und gespart soll selbstverständlich werden. Leider wird vielfach verkannt, welche Absicht die Schieck und Kompanie mit dieser angeblichen Sparsamkeit verfolgen. Die Beträge, die in Betracht kommen, wenn man ein paar Minister weniger hat, sind im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Staates lächerlich gering, und wenn man wirklich an den Ausgaben für die Minister sparen wollte, so ließe sich das in Sachsen sehr leicht machen, wenn man, wie das die Sozialdemokratie fordert, die viel zu hohen Ministergehälter herabsetzte. Aber davon wollen offenbar jene Leute, die angeblich durch Verminderung der Ministerzahl sparen wollen, nichts wissen. Man hat erst kürzlich ohne jeden zwingenden Grund die Ministergehälter in Sachsen heraufgesetzt. Das gegenwärtige Kabinett kann natürlich sehr leicht mit einer geringeren Ministerzahl auskommen.

Herr Schieck wird sich um sein Volksbildungsministerium nicht viel zu kümmern brauchen. Dort hat er seinen Parteigenossen, den Ministerialdirektor Dr. Boerner sitzen, und er weiß, daß im Volksbildungsministerium nichts geschehen wird, was seinen Wünschen widerspricht. Aber es kann ja einmal sein, daß in Sachsen [illegible] Sozialdemokraten Minister werden, die wünschen, daß manches anders gemacht werden solle, wie es [illegible] Ministerialdirektoren und Ministerialräten geht, [illegible] Minister vorhanden sind, um zu leichter [illegible] Politik [illegible] Minister mit Akten zu überhäufen, daß er [illegible] kann [illegible]

sichten, wenn er anders will als seine Beamten, infolge Arbeitsüberlastung nicht durchsetzen kann. Die Massen der Bevölkerung dürfen sich nicht durch das Sparsamkeitsgerede täuschen lassen, sondern sie müssen erkennen, was hier dahintersteckt.

Man überschätzt sehr leicht die Ersparnisse, die überhaupt durch eine Vereinfachung der Verwaltung gemacht werden können, weil die Ausgaben für die Verwaltung nur einen sehr geringen Teil der Staatsausgaben ausmachen. Selbstverständlich muß trotzdem bei der Verwaltung gespart werden. Das kann in Sachsen z. B. geschehen durch den Wegfall der Kreishauptmannschaften und die Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften. Aber die Denkschrift, die Ministerpräsident Schieck verfaßte, zeigt deutlich, worauf dieser Mann hinaus will, er will eine Verwaltungsreform, die vor allem den Einfluß des Parlaments und der parlamentarischen Minister nach Möglichkeit vermindert. Man darf nicht vergessen, daß in den politischen Kämpfen Sachsens, wenn das auch nach außen nicht so klar hervorgetreten ist, der Kampf der Bürokratie gegen den Einfluß der aus Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungen eine große Rolle spielte. Es braucht hier nur erinnert werden an den Kampf, den der Genosse Lipinski als Innenminister gegen die sogenannten Bierfamilien führte, die den hergebrachten Einfluß auf die Besetzung der Beamtenstellen behalten wollten, an den großen Skandal, der immer gemacht wurde, wenn einmal ein sogenannter Außenseiter eine Beamtenstelle erhielt, an den Kampf um die Gemeindeordnung, bei dem es sich auch darum handelte, den Einfluß der Gemeindevertretungen zugunsten der beamteten Bürgermeister und Stadträte möglichst zurückzudrängen. Und deswegen bedeutet diese Beamtenregierung eine große Gefahr, weil sie alles versuchen wird, um den Einfluß der Bürokratie, die in ihrer übergroßen Zahl aus treuen Anhängern der Rechtsparteien besteht, zu festigen.

Die unsicheren Nazis

Heute steht freilich noch nicht fest, ob dieser neuen Beamtenregierung ein langes Leben beschieden sein wird. Wie in dem Blatt des Herrn Blüher mitgeteilt wird, hat Killinger das Arbeitsministerium für einen seiner Partei nahestehenden Mann verlangt. Schieck hat diesen Wunsch nicht erfüllt, und die Nazis sollen erklärt haben, daß es ohne Erfüllung ihres Wunsches keine Duldung der Schieck-Regierung gäbe. Machen sie ihre Drohung wahr, so stimmen sie am Mittwoch für den sozialdemokratischen Auflösungsantrag, und wir stehen vor Landtagswahlen. Freilich, die Killinger und Kompanie sind unberechenbar. Es ist sehr leicht möglich, daß sie sich bis zum nächsten Mittwoch besänftigen lassen oder ihnen von ihren Straßer und Mutschmann die Duldung der Regierung Schieck befohlen wird. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt es, daß das neue Kabinett nicht lange am Leben bleibt. Die Sozialdemokratie wird das Ihrige tun, um der Regierung Schieck zu einem baldigen Tode zu verhelfen.

*

Der neue Finanzminister

Der neue Finanzminister Dr. Hans Richard Hedrich ist am 3. August 1866 in Dresden geboren, studierte in Leipzig und Tübingen die Rechte und Staatswissenschaften, war dann im juristischen Vorbereitungsdienst in Dresden tätig. Hierauf bei den Amtsgerichten Dresden und Burgstädt, beim Landgericht und beim Oberlandesgericht Dresden und dann als Hilfsrichter am Amtsgericht in Waldheim. Von 1894 bis 1897 war er Richter am Landgericht Freiberg, wurde dann ins Justizministerium berufen und trat 1900 ins Finanzministerium über als Finanzrat und Hilfsarbeiter der 1. Abteilung. Er wurde später Ober- und Geheimer Finanzrat, 1917 Geheimer Rat und wenige Tage vor der Revolution Ministerialdirektor und Vorstand der 1. (Haushalts-) Abteilung des Finanzministeriums.

Sturmzeichen

Aufreizende Tatsachen der Arbeitslosigkeit

Sturmzeichen, die alle verantwortlichen Stellen im Reiche aufrütteln müssen, sind die neuen Arbeitslosenziffern. Ihr Ernst ist so furchtbar, daß fast jede Erläuterung dazu eine Abschwächung bedeutet. Die schlimmsten Befürchtungen und Prophezeiungen für das Jahr 1930 sind bereits übertroffen. Das Jahr 1930 ist ein Krisenjahr, ein Jahr mit einer Riesenarbeitslosigkeit, wie sie noch niemals da war. Nicht nur im Vergleich zum Vorjahr sind wir auf dem Arbeitsmarkt weit zurück, auch im Vergleich zum Katastrophenjahr 1926 haben wir zur Stunde noch Hunderttausende von Arbeitslosen mehr.

Ein furchtbarer Tatbestand, den die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soeben veröffentlicht! Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes ist in der zweiten Aprilhälfte noch langsamer geworden. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichte bei weitem nicht mehr das Ausmaß der ersten Aprilhälfte. Zwar ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch weiter, um fast 100000, zurück, doch entspricht diese Bewegung, deren Ausmaß gegenüber der letzten Berichtszeit etwa auf die Hälfte gesunken ist, keineswegs der zu erwartenden jahreszeitlichen Entwicklung; in der zweiten Aprilhälfte des Vorjahres hatte die Versicherung eine Entlastung von rund 354000 Hauptunterstützungsempfängern erfahren.

Die Zahl der Empfänger von Krisenunterstützung hat erneut, und zwar stärker als in der ersten Aprilhälfte, zugenommen. Insgesamt belief sich am 30. April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf nahezu 1761000 und in der Krisenunterstützung auf über 320000. Die Ueberlegenheit gegenüber dem Vorjahre in der Inanspruchnahme der beiden Unterstützungseinrichtungen, die Mitte April mit rund einer halben Million Hauptunterstützungsempfängern in der Vorjahresebene lag, ist bis Ende April auf dreiviertel Millionen angewachsen.

Rund 3 Millionen Arbeitsuchende!

Ebenso ungenügend wie die Entlastung der Unterstützungseinrichtungen ist der des Arbeitsmarktes im ganzen: die Zahl der Arbeitslosen, d. h. der verfügbaren Arbeitsuchenden, die Mitte April bei den Arbeitsämtern mit rund 2890000 festgestellt wurde, ist nur um knapp 100000 auf rund 2791000 zurückgegangen und liegt damit um etwa 1080000 Köpfe höher als Ende April des Vorjahres.

Die Aufnahmefähigkeit der Außenberufe, die einen entscheidenden Faktor im jahreszeitlichen Gesamtbild darstellt, war im allgemeinen sehr gering. Die Landwirtschaft hat die günstige Witterung des Winters weitgehend zur laufenden Durchführung von Arbeiten mit Stammpersonal ausgenutzt. Der Baumarkt forderte nur vereinzelt (Ostpreußen, Bayern) in größerem Umfange Arbeitskräfte an; im allgemeinen blieben die Schwierigkeiten infolge der öffentlichen Sparmaßnahmen und der unsicheren Finanzierungsverhältnisse bestehen. Auch in der Industrie der Steine und Erden konnte daher nur vereinzelt eine bessere Beschäftigung verzeichnet werden.

Das weitere Absinken der allgemeinen Konjunktur zeigt sich vor allem in der Kohlenindustrie; in den Steinkohle- ebenso wie in den Braunkohlebezirken schritt man zu größeren Entlassungen und zur Einlegung von weiteren Feierschichten. Trotzdem wachsen die Haldenbestände. Entlassungen und Kurzarbeit nahmen auch in fast allen Zweigen des Metallgewerbes und in vielen Teilen der Maschinenindustrie weiter zu. Die Frühjahrsbelebung im Bekleidungsgewerbe geht offenbar schon ihrem Ende entgegen, doch war in einzelnen Bezirken noch lebhafte Nachfrage nach Konfektionsschneidern festzustellen.

In vielen Handwerksberufen meldeten sich, wie schon in der ersten Aprilhälfte, junge Kräfte nach Abschluß ihrer Lehrzeit arbeitslos. Im Verkehrsgewerbe waren sowohl die Nordseehäfen wie die inländischen Transportunternehmungen schwach beschäftigt und nicht aufnahmefähig.

*

Da haben wir also die Bescherung! Die Politik des Herrn Schacht hat noch viel schlimmer gewirkt, als man vor einem halben Jahre ahnen konnte. Wird man bei den maßgebenden Stellen aus dieser traurigen Lehre etwas lernen? Sieht man vielleicht jetzt auch im Zentrum ein,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300509/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG